

Hört euch zu!

Meinungsfreiheit in Deutschland: Wir müssen moralisch abrüsten und brauchen mehr Respekt und Humor

Thilo Sarrazin

Ich hatte stets Freude daran, Situationen und Probleme rational zu analysieren, die relevanten Fakten zu strukturieren, ihren inneren Zusammenhang offenzulegen und auf dieser Grundlage Vorschläge zu entwickeln, wie man ein Problem lösen beziehungsweise bestimmte Ziele erreichen kann. Mein primäres Interesse richtete sich dabei nicht auf die Naturwissenschaft und auch nicht darauf, wie man seinen persönlichen Vorteil fördert, sondern auf die Frage, wie man die Gesellschaft so organisiert, daß dem allgemeinen und dem individuellen Wohl am besten gedient ist.

Aus diesem Interesse heraus studierte ich Volkswirtschaft, und es war durchaus folgerichtig, daß ich Ministerialbeamter war und schließlich Politiker wurde. 39 Jahre lang konnte ich mich über viele Erfolge freuen. Widerstände gab es immer. Heftige Diskussionen und persönliche Angriffe hatte ich auch auszustehen. Aber über das Meinungsklima in der Gesellschaft dachte ich nur selten nach, und grundsätzliche Probleme mit der Meinungsfreiheit sah ich überhaupt nicht.

Mein 2010 erschienenes Buch „Deutschland schafft sich ab“ schrieb ich, weil mich am Ende meines Berufslebens Fragen bewegten, die ich als ungelöst empfand und die aus meiner Sicht in Politik und Gesellschaft sträflich vernachlässigt wurden. Meine Sorgen drehten sich um die geringen Geburtenzahlen der Leistungsträger und gebildeten Schichten in Deutschland und um die Folgen kulturfremder Masseneinwanderung.

Die Emotionen, die das Buch positiv und negativ auslöste, haben nicht nur mein Leben, sondern auch meinen Blick auf die Gesellschaft verändert. Zuvor hatte ich nie darüber nachgedacht, weshalb einige Themen mich besonders interessierten, während andere mich kaltließen. Intensives Nachdenken und die Lektüre psychologischer, soziologischer und philosophischer Werke lieferten mir eine Antwort, die ich eigentlich schon kannte, aber im Lauf der Jahre verdrängt und vergessen hatte.

Die Interessen, die uns bewegen, und unsere spontanen Meinungen über das, was in der Gesellschaft wichtig und unwichtig ist, bis hin zur Frage von Gut und Böse, bilden sich im vorrationalen Raum. Sie sind nicht das Ergebnis rationaler Einsichten, sondern allenfalls ihr Ausgangspunkt, und können deshalb auch kaum rational diskutiert werden.

Lebenskluge Menschen wußten dies schon immer. Soweit sie eine gute Erziehung genossen, haben sie deshalb die Maxime verinnerlicht, beim Small talk und bei jeder

Konversation, die auf Harmonie gestimmt ist, politische und religiöse Themen möglichst zu vermeiden.

Mich hatte es 2010 und danach getroffen und auch verletzt, daß es illegitim und unmoralisch sein soll, sich mit nationaler Identität oder den langfristigen Folgen bestimmter Trends bei Einwanderung und Geburtenverhalten zu beschäftigen. Ich werde das weiterhin tun, und ich sehe es als gesellschaftlich schädlich an, wenn man bestimmte Fragen und Probleme aus dem Kreis legitimer öffentlicher Debatten ausschließen will. Darin sehe ich einen Rückfall in vormoderne Zeiten. Geistige Freiheit ist mehr als die Überwindung textiler Bekleidungsnormen und die Verherrlichung sexueller Vielfalt. Ich kann nur hoffen, daß sich hier nicht ein neuer gesellschaftlicher Trend zur Verengung zulässigen Denkens etabliert.

Ich gestehe jedem zu, daß er andere Erkenntnisinteressen, andere Werturteile und andere Lebensziele hat. Ich respektiere das, erwarte umgekehrt aber auch denselben Respekt. Ich verlange von niemandem, daß er meine Sorgen um die geringen Geburtenzahlen der Leistungsträger und gebildeten Schichten in Deutschland und die Folgen kulturfremder Masseneinwanderung teilt. Ich möchte wegen dieser Sorgen aber auch nicht moralisch abqualifiziert und in die rechte oder gar rechtsradikale Ecke geschoben werden.

Jedem Grünen und überhaupt jedem besorgten Bürger gestehe ich ja auch zu, daß er sich nicht nur Sorgen um den menschengemachten Klimawandel macht, sondern Gegenmaßnahmen ins Gespräch bringt, die ich für schädlich halte. Darüber muß man halt diskutieren. Wer hier mit dem Kopf durch die Wand will, fordert zwar Unvernünftiges, damit ist er aber noch nicht unmoralisch.

Als rationaler Charakter kann ich gar nicht dagegen sein, daß die Politik den Versuch unternimmt, den Klimawandel vorausschauend zu gestalten. Übertreibungen werde ich mit ganzer Kraft bekämpfen. Aber ich werde niemals jene Bürger dämonisieren, die im Fahrrad die Lösung aller Transportprobleme sehen. Ich werde sie allenfalls ein wenig verspotten. Den gleichen Spott wende ich auf Genderpuristen an, die die deutsche Sprache verhunzen. Mag doch jeder reden wie er will, solange der Haß gezähmt wird und Lügen geächtet bleiben.

Übrigens: Wenn alle Völker und Gesellschaften so wenig Kinder bekämen wie die autochthonen Deutschen, nämlich 1,3 Kinder pro Frau, müßten wir uns um den Klimawandel keine Sorgen machen, weil die Weltbevölkerung schnell abnähme und damit die menschengemachten Emissionen automatisch sanken.

Warum nur höre ich von den Klimaaktivisten so gar nichts über das Wachstum der Weltbevölkerung und was man dagegen tun könnte? Die Antwort drängt sich mir auf: Beim Klimawandel gilt das industrialisierte westliche Abendland als der Hauptsünder. Das paßt ins politisch korrekte Meinungsschema. Wenn das ideologische Schema den Vorrang vor der Wirklichkeit beansprucht, dann ist es Zeit, auszureißen und die eigene

Wahrheit zu suchen. Wo dieses geschieht, werden Ketten gesprengt, und neue Wirklichkeiten tun sich auf.

Thilo Sarrazin gelangen mit „Deutschland schafft sich ab“ und „Der neue Tugendterror“ meinungsbildende Bestseller. Sarrazin ist SPD-Mitglied und war zuletzt Mitglied im Vorstand der Deutschen Bundesbank.

Rituelles Gerede

Nach Halle: Die Reaktionen auf den antisemitischen Anschlag zeugen von Heuchelei

Michael Paulwitz

Auch eine Woche nach dem Terroranschlag von Halle klingt die öffentliche Erregung nur langsam ab. Das Verbrechen eines radikalisierten Wahnsinnigen, der am höchsten jüdischen Feiertag ein Blutbad in der Synagoge von Halle anrichten wollte, mit seinen selbstgebastelten Waffen lediglich an der massiven Eingangstür scheiterte und anschließend wahllos zwei Menschen tötete und weitere verletzte, hat die Republik erschüttert.

Die anschließende öffentliche Debatte hat allerdings vor allem eines offenbart: die Unfähigkeit zur Lageanalyse seitens einer politischen und medialen Elite, die das Beschwören von Wünschbarkeiten für Realität und rituelles Gerede für Handeln hält und daher im Umgang mit konkreten Ereignissen und Herausforderungen, die sich nicht in das simple Raster vorgefertigter Denk- und Sprechschablonen pressen lassen, heillos überfordert ist. War ein Anschlag wie der von Halle tatsächlich „unvorstellbar“, wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sich phrasendreschend vernehmen ließ? Natürlich nicht.

Wer auch nur halbwegs wachen Blicks im Deutschland unserer Tage lebt, der muß mitbekommen haben, daß antisemitische Vorfälle und Übergriffe leider ganz und gar nichts Außergewöhnliches mehr sind. „Antisemitismus darf keinen Platz in unserer Gesellschaft haben“ – noch so eine Phrase, die so verlogen ist, wie sie etablierten Politikern bei jeder Gelegenheit leicht von den Lippen kommt. Verlogen schon deshalb, weil Antisemitismus in weiten und nicht nur links-grünen Kreisen nicht nur geduldet, sondern sogar angesagt und schick ist, sofern er nur als „Israel-Kritik“ oder „Antizionismus“ daherkommt; und weil es gängige politische, mediale und juristische Praxis ist, den von muslimischen Einwanderern ausgehenden Antisemitismus nach Kräften zu ignorieren und kleinzureden.

Nur wenige Tage vor der Tat von Halle war ein Syrer in Berlin mit „Allahu Akbar“ und israelfeindlichen Flüchen auf den Lippen und dem gezogenen Messer in der Hand auf eine Synagoge losgestürmt. Weil außer Hausfriedensbruch „kein weiterer Tatverdacht“ vorliege, wurde der Mann tags darauf wieder auf freien Fuß gesetzt.

Das kann als Einladung verstanden werden – von Antisemiten gleich welcher Couleur. Ebenso wie die alljährlichen israelfeindlichen „al-Quds“-Demonstrationen, oder „Palästinenser“-Kundgebungen, bei denen die Behörden nicht das Brüllen übelster judenfeindlicher Parolen, sondern das Zeigen von Israel-Fahnen als „Provokation“ werten und unterbinden. Oder judenfeindliches Mobbing an Brennpunktschulen, Überfälle auf Rabbiner oder Kippa-Träger, Zeitungskarikaturen und Magazintitel, die mit antisemitischen Klischees spielen – die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Ja, es gibt rechtsradikalen Antisemitismus und rechtsextreme Gewalt in Deutschland, es hat sie, schlimm genug, immer gegeben.

Aber es gibt eben auch linksradikalen und islam-extremistischen Antisemitismus und Terror aus dieser Ecke. Die Zahlen sprechen dafür, daß in Deutschland lebende Juden den importierten Antisemitismus sogar noch akuter und bedrohlicher erleben als den immer schon dagewesenen.

Es gäbe also Grund genug für die politischen Führungsebenen dieses Landes, gerade nach einem schockierenden Mordanschlag wie in Halle, in sich zu gehen und über die Korrektur politischer Fehlsteuerungen nachzudenken. Verüben Ausländer Gewaltverbrechen an Deutschen, ist oft die Relativierungsformel zu hören: Es hätte ja auch ein Deutscher sein können. Umgekehrt gilt dieses Denkmuster offenbar nicht. Gerade im Fall antisemitischer Haßverbrechen gibt die reale Bedrohungslage aber allen Anlaß, das gesamte Spektrum extremistischer Gewalt ins Visier zu nehmen. Und zwar mit den Mitteln von Recht und Gesetz und nicht mit intransparenter Volkspädagogik, die letztlich nur wieder das Paralleluniversum unkontrollierbarer steuerfinanzierter Privatvereine stärkt.

Es hat den Geruch der Heuchelei, wenn ein Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der sonst keine Hemmungen hat, sich mit palästinensischen und iranischen Judenhassern zu verbrüdern, sich verbal zum Vorkämpfer gegen Antisemitismus aufschwingt; wenn eine Kanzlerin, die ein ganzes Jahr brauchte, um sich zu einer Begegnung mit den Hinterbliebenen des islamistischen Terroranschlags vom Breitscheidplatz drängen zu lassen, sofort demonstrativ einer Berliner Synagoge einen Solidaritätsbesuch abstattet. Da wird mit Worten und Symbolpolitik eine Scheinwelt erschaffen, die mit dem politischen Alltagshandeln wenig gemein hat.

Auf die Spitze getrieben wird diese Spiegelfechtereie, wenn Politiker der Regierungsparteien und von Grünen und Linken, die sonst sofort „Instrumentalisierung“ schreien, wenn jemand Fakten benennt, die ihr Weltbild stören, der Oppositionspartei AfD eine „Mitschuld“ an dem Terroranschlag von Halle andichten und deren Abgeordnete als „politischen Arm des Rechtsterrorismus“ diffamieren.

Mehr als obskures Geraune, es sei die „Sprache“ der Kritiker von Multikulturalismus und unkontrollierter Migration, die auf quasi metaphysischem Wege direkt zu Terror und Gewalt führe, haben sie als Argument dafür nicht anzubieten. Primitiver kann eine verbrecherische Tat kaum tagespolitisch mißbraucht werden.

Daß ausgerechnet diejenigen ihren Gegnern eine „Spaltung“ der Gesellschaft vorwerfen, die sich selbst ausgiebig der Rhetorik des geistigen Bürgerkriegs bedienen, ist dabei mehr als nur eine ironische Fußnote: Es dokumentiert den fundamentalen Unwillen und die tiefsitzende Unfähigkeit, sich komplexen Problemen zu stellen, die durch eigenes Handeln oder Wegschauen erst geschaffen oder doch dramatisch verschärft worden sind. Und das ist in der Tat alarmierend.

Diener der Macht

Massenwahnsinn: Es ist keine Übertreibung mehr, von einem geistig-kulturellen Bürgerkrieg zu sprechen

Thorsten Hinz

Wenn die Regierung sich als unfähig erweist, die Probleme im Land anzupacken und die Regierungschefin mit der Erklärung, die Grenzen ließen sich sowieso nicht schützen, seine territoriale Integrität faktisch aufhebt; wenn der Bundestag sich in überwältigender Mehrheit nicht als Kontroll-, sondern als Akklamationsorgan versteht; wenn das Verfassungsgericht seine Verantwortlichkeit für Recht und Gesetz an eine supranationale Instanz delegiert, das nach politischer Zweckmäßigkeit entscheidet – wenn also die drei klassischen Staatsgewalten versagen, dann sind die Medien, der akademische Betrieb, die Künstler, im weitesten Sinne die mit der Gabe der Artikulationsfähigkeit ausgestatteten Intellektuellen aufgerufen, Öffentlichkeit herzustellen, als vierte, meinerwegen auch fünfte und sechste Gewalt im Staate tätig zu werden, und die drei anderen an ihre Aufgaben zu erinnern.

Und zwar nicht durch Teilnahme am parteipolitischen Geplänkel, enervierende Besserwisserei, gesinnungsethische Emphase oder juristische Donquichotterie, sondern durch strikte Objektivität, gedankliche Präzision, Faktentreue, geistige Unabhängigkeit und imaginatives Potential, das aufzeigt, daß nichts auf der Welt alternativlos ist.

Stattdessen ist 30 Jahre nach dem Mauerfall zurückgekehrt, was man damals überwunden zu haben glaubte: Staatsmedien und Staatsjournalisten, akademische Karrieristen auf der Schleimspur schlechter Politik, Staatskünstler, Staatskunst-Aktivisten und Staatskabarettisten. Ein Kartell aus – um einen Neologismus zu

benutzen – Affirmanten, die den Regierenden die Richtigkeit und moralische Qualität ihres Handelns bestätigen, den Kritikern aber ihre vermeintliche Minderwertigkeit unter die Nase reiben. Der Begriff „politisch-medialer Komplex“ schließt neben Politik und Medien den akademischen und Kulturbetrieb mit ein.

Es gibt Talkshows, Tagungen, Zeitungskommentare, Resolutionen, Rundfunk-Fernseh- und Podiumsdiskussionen ohne Ende. Doch in den zwei entscheidenden Fragen: der Einwanderungs- und der Klima-Frage, gibt es keinen öffentlichen Austausch und Wettbewerb der Argumente. Was hier sich als Öffentlichkeit darstellt, ist in Wahrheit eine Instanz zur normativen, politisch korrekten Sinnstiftung und zur kalten Demonstration von Macht.

Um die Effektivität der Instanz zu erhalten, müssen permanent Schwachstellen identifiziert und ausgemerzt werden. Der Chef der Hessischen Filmförderung fiel umgehend einer Säuberung zum Opfer, nachdem sein Treffen mit dem AfD-Bundessprecher bekanntgeworden war (JF 41/19). Die Meinungs-Jakobiner stehen wiederum unter dem Druck von Super-Jakobinern. Gerade ist Mathias Döpfner, Chef des Springer-Konzerns, dessen Medien im Kampf „gegen Rechts“ an vorderster Front stehen, in ihr Visier geraten, weil er mit den blinden Flecken der Medienbranche und des Rechtsstaates ins Gericht gegangen ist.

Das rief bei Twitter einen gewissen Patrick Gensing auf den Plan, einen Mann ohne erkennbaren Bildungshintergrund und Qualifikation, der sich seit seiner Jugend der Nazi-Jägerei widmet. Das qualifizierte ihn zum Nachrichtenredakteur bei tagesschau.de und dort zum Leiter des Onlineportals „Faktenfinder“. Dieser politische Agitator, der von den öffentlich-rechtlichen Zwangsgebühren finanziert wird, richtete via Twitter an den Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger, dem Döpfner vorsteht, die Frage, ob dieser „nach seiner Haßtirade auf Journalisten (...) als Präsident seriöser Zeitungsverleger noch tragbar (sei)? Bei uns wachsen die Zweifel.“

Nun ist der Springer-Chef viel zu mächtig und gutsituiert, um sich von einem Lämmel beeindrucken zu lassen, doch bei einem lohnabhängigen Journalisten oder freischaffenden Autor sieht das ganz anders aus. Uwe Tellkamp, Autor des Erfolgsromans „Der Turm“, erhielt nach seiner Kritik an Merks Grenzöffnung vom Suhrkamp-Verlag via Twitter eine Distanzierung mitgeteilt. Im Angestelltenleben würde man das eine Abmahnung nennen.

Denunziationen sind charakteristisch für den nervösen und autoaggressiven Zustand, in dem Deutschland sich befindet. Es ist keine Übertreibung mehr, von einem geistig-kulturellen Bürgerkrieg zu sprechen. Er wird sehr einseitig geführt, denn einseitig ist auch die Verfügung über die Medien, über finanzielle Ressourcen, den Hochschulbetrieb usw. Gleiches gilt für die polizeiliche und juristische Bewertung zugespitzter Formulierungen und von Protestformen im öffentlichen Raum, die je nach politischer Absicht erfolgt.

In diesem Rahmen wiederholt und verstärkt sich, was der französische Romancier und Philosoph Julien Benda vor über 90 Jahren in seinem gleichnamigen Klassiker den „Verrat der Intellektuellen“ nannte. Benda faßte unter „Intellektuelle“ jene zusammen, deren Aktivitäten ursprünglich „schon vom Wesen her nicht auf praktische Ziele ausgerichtet sind“, die vielmehr „ihre Befriedigung in Kunst, Wissenschaft oder metaphysischer Spekulation“ finden und sich von Rationalität, Vorurteils- und Zweckfreiheit leiten lassen. Ab dem 19. Jahrhundert aber hätten sich viele von politischen, namentlich nationalistischen Leidenschaften ergreifen und sich zu deren Dienern machen lassen.

Bendas Darstellung ist holzschnittartig, denn so eindeutig war die Trennung zwischen geistiger Arbeit und politischen Interessen und Absichten nie. Doch es macht einen Unterschied, ob das Politische der Haupt- und Anfangszweck geistiger Arbeit ist oder bloß ihre Folge, Begleiterscheinung oder Nebenwirkung.

Der Soziologe Helmut Schelsky hat analysiert, wie der moderne Intellektuelle gezielt Resonanz außerhalb seines eigentlichen Metiers anstrebt und aus der politischen Wirkung sein soziales, gesellschaftliches und ökonomisches Kapital bezieht. Ging es ihm vor fünfzig Jahren um die Kritik an der Staatsmacht, ist er jetzt mit ihr verschmolzen. Das Jahr 2015 hat den Qualitätssprung besiegelt. Eine katastrophale Entscheidung wurde getroffen, alle haben mitgemacht, nun sind sie in ihr gefangen und können ohne Prestigeverlust nicht mehr zurück. Das schweißt Politiker, Journalisten und all die anderen unauflöslich zusammen.

Gewiß, die Flüchtlings- und Klima-Romantik beschränkt sich nicht auf Deutschland, sie haben die ganze westliche Welt ergriffen. Doch „Refugees-welcome“-Jubler und fliegende Teddybären waren singuläre Spezialitäten des „hellen“ (Joachim Gauck) Deutschland. Und als am Freitag, dem 20. September, weltweit rund vier Millionen Menschen für besseren Klimaschutz auf die Straße gingen, sorgte Deutschland für 1,4 Millionen, also für mehr als ein Drittel der Teilnehmer. Die Erregungskurve und Mobilisierungsbereitschaft sind hier mit Abstand am höchsten. Somit bleibt Deutschland das Land, dessen Geschichte „in höherem Maße eine Geschichte ideologischer Konflikte und politischer Teilungen als diejenige irgendeines anderen Staates in der Welt“ ist. (Ernst Nolte)

Die Wiedervereinigung hat diesen Zustand sogar noch verhärtet. Aktuell definiert und konstituiert das offizielle, das „helle“ Deutschland sich über die Exklusion des „Dunkeldeutschland“ und seiner „Nazis“, wobei als „Nazi“ bereits gilt, wer zart darauf hinweist, daß die Probleme Afrikas, die sich aus Bevölkerungsexplosion, Bürgerkriegen und Rückständigkeit ergeben, unmöglich auf deutschem Boden gelöst werden können und daß der deutsche Einfluß auf das Klima minimal ist.

Der wütende Moral- und Schuldprotestantismus, der immer häufiger die Grenze zum Fanatismus überschreitet, ergibt sich aus der „intellektuellen Staatsgründung“ (Clemens Albrecht u.a.) der Bundesrepublik durch die Frankfurter Schule. Während

die DDR orthodox marxistisch durch die Veränderung der Besitzverhältnisse die sozio-ökonomischen Wurzeln des Faschismus auszureißen versuchte und daraus ihre Existenzberechtigung ableitete, wollte die Frankfurter Schule in freudo-marxistischer Manier den „autoritären Charakter“ durch eine internalisierte, auf Dauer angelegte „Vergangenheitsbewältigung“ beseitigen, einen Rückfall in die Barbarei verhindern und gleichzeitig „den Deutschen ihre kulturelle Identität (...) retten“ (Albrecht Wellmer).

Nur beruhten beide Faschismustheorien wenn nicht auf falschen, dann auf unvollständigen Prämissen. In mehr als fünfzig Jahren zur Staatsideologie hinaufdogmatisiert und mit immer mehr institutioneller Macht verbunden, entwickelte die Frankfurter Variante eine zerstörerische Dynamik, welche die Nazi-Schnüffelei zu einer unendlichen Geschichte macht und heute nach der kulturellen Identität greift. Kant gilt bereits als halber Rassist, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis man in Goethes „West-östlichen Divan“ antimuslimische Ressentiments feststellt und der Dichturfürst als heimlicher Ahnherr der Fremdenhasser identifiziert wird.

Das Mustere exemplar des heutigen Intellektuellen ist der Rechtsextremismus-Experte. Er ist das Pendant zum Experten für „Wissenschaftlichen Kommunismus“, ein Fach, das an den DDR-Universitäten gelehrt wurde. Natürlich war der Kommunismus keine Wissenschaft, sondern eine Ideologie, allenfalls eine Theorie. Aber natürlich durfte der Experte seine scheinwissenschaftlichen Voraussetzungen nicht thematisieren, weil er damit sich selber, die Staatsideologie und schließlich den Staat in Frage gestellt hätten.

„Das hört nicht auf. Nie hört das auf“, lauten die Schlußsätze in Günter Grass' Novelle „Im Krebsgang“. Das intellektuelle Leben der Gegenwart bietet hervorragendes Anschauungsmaterial für Fallstudien zum Thema Massenwahnsinn.

Nichtantworten ist auch eine Antwort

Debattenkultur: Von der beschworenen Lust am Streit bleibt in der Praxis wenig übrig

Felix Krautkrämer

Wir müssen reden, heißt es überall. Die Gesellschaft müsse im Gespräch bleiben. Miteinander sprechen, einander zuhören, diskutieren. In seiner ersten Rede als Bundestagspräsident mahnte Wolfgang Schäuble (CDU) während der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Bundestags vor zwei Jahren, wie wichtig

es sei, gemeinsam zu debattieren. „Demokratischer Streit ist notwendig“, betonte er. Diesen gelte es auszuhalten und zu ertragen.

Das sieht auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier so. In seiner Weihnachtsansprache rief er vergangenes Jahr dazu auf: „Lassen Sie uns dafür sorgen, daß unsere Gesellschaft mit sich im Gespräch bleibt!“ In vielen Ländern auf der Erde sei zu beobachten, was passiere, wenn Gesellschaften auseinanderdrifteten, weil die eine Seite nicht mehr mit der anderen rede, warnte er. Das Thema scheint dem Bundespräsidenten am Herzen zu liegen. Erst im September wiederholte er seinen Appell zur Debatte. Demokratie, verriet Steinmeier dem Spiegel, lebe von der Kontroverse und brauche den Streit.

Auch die JUNGE FREIHEIT erachtet das Ringen um die besseren Argumente, den Streit um Positionen, aber auch den Austausch unterschiedlicher Auffassungen und Sichtweisen als essentiell. Nichts ist langweiliger, als wenn alle der gleichen Meinung sind. Offene Debatte anstatt Selbstbestätigungsdiskussionen innerhalb der eigenen Blase. Deshalb trägt die JF den Untertitel „Wochenzeitung für Debatte“, und deshalb haben wir Frank-Walter Steinmeier beim Wort genommen. Wir sind seinem Aufruf, mit Andersdenkenden ins Gespräch zu kommen, gefolgt und haben ihn um ein Interview gebeten. Wir wollten mit dem Bundespräsidenten über das große Problem der Spaltung unserer Gesellschaft reden. Jedoch: Eine Antwort stand bei Redaktionsschluß auch knapp drei Wochen nach unserer Anfrage noch aus.

Grünen-Politiker antworten nicht

Nun hat ein Bundespräsident viele Verpflichtungen und ist vielbeschäftigt. Wir versuchten unser Glück daher beim Streiter für Streit, Wolfgang Schäuble. Doch ließ uns dessen Mitarbeiterin wissen, daß der Bundestagspräsident für ein Interview nicht zur Verfügung stehe. Er habe sich zu dem Thema bereits in anderen Medien geäußert.

Nächster Versuch: Anfrage bei Linken-Chef Bernd Riexinger. Nach fünf Tagen erreicht uns die Antwort seines Büros: „Herr Riexinger steht für ein Interview nicht zur Verfügung.“ Immerhin: Seine Sekretärin verbleibt mit „antifaschistischen Grüßen“. Und wie sieht es mit seiner Co-Vorsitzenden Katja Kipping aus? Schon nach einem Tag teilt uns Pressesprecher Götz Lange mit: „Frau Kipping steht für dieses Interview nicht zur Verfügung.“

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow hingegen muß aus Zeitgründen absagen, schließlich ist Wahlkampf. Sein Terminkalender lasse ein Interview leider nicht zu. Der Spitzenkandidat der Thüringer SPD, Wolfgang Tiefensee, sagt ebenfalls ab. Er möchte mit der JF nicht reden. Das gilt auch für Juso-Chef Kevin Kühnert, der bereits bei früherer Gelegenheit Wert darauf legte, unmißverständlich klarzumachen, daß er uns kein Interview gebe – „jetzt nicht, in ein paar Wochen nicht, in einigen Monaten auch nicht“.

Auch bei den Grünen scheint die Lust zum politischen Streit eher schwach ausgeprägt. Anfragen an das Führungsduo Annalena Baerbock und Robert Habeck bleiben unbeantwortet. Ihre Vorgänger Cem Özdemir und Katrin Göring-Eckardt hatten dies stets genauso gehandhabt. Möglicherweise ist das bei den Grünen die gängige Praxis. Denn auch Jürgen Trittin und Claudia Roth verloren bei unserer jüngsten Anfrage die Sprache.

Was also tun, fragten wir uns angesichts des massenhaften Verstummens und wandten uns an diejenigen, deren Profession das Wort ist: die Talkmaster, Schriftsteller und Journalisten, die Entertainer, Debattenanstoßer und TV-Unterhalter.

Nachfrage bei Günther Jauch, Talklegende des deutschen Fernsehens. Doch auch hier ernten wir eine Absage: Er stehe der JUNGEN FREIHEIT für Interviews nicht zur Verfügung, teilt Jauch mit. Seine Kollegin Sandra Maischberger muß aus Zeitgründen leider absagen, und Maybrit Illner zieht die Nicht-Antwort als Antwort vor. Ebenso wie ZDF-Nachrichtenmann Claus Kleber.

Auch die beiden Pro7-Moderatoren Klaas Heufer-Umlauf und Joko Winterscheidt haben kein Interesse an einem Interview. Und selbst der streitfreudige und nicht gerade für seine Wortkargheit bekannte Publizist Michel Friedman verfällt bei der Anfrage der JF in tiefes Schweigen.

Die Schriftstellerin Carolin Emcke, die 2016 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels für ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Dialog erhielt und in ihrer Dankesrede warnte, man dürfe sich in diesen Zeiten nicht sprachlos machen lassen, läßt uns über ihr Büro mitteilen, sie sei wegen mehrerer Projekt so intensiv eingespannt, daß sie sich einen grundsätzlichen „Annahmestopp“ für Interviews habe auferlegen müssen.

„Diese Demokratie ist streitbar“

Ganz anders Georg Restle: Der Fernsehjournalist (Monitor) gibt gern Interviews und steht seinen Befragern regelmäßig Rede und Antwort. 2016 erinnerte Restle in einem Beitrag leidenschaftlich an die Losung Rosa Luxemburgs, nach der Freiheit auch immer die Freiheit des Andersdenkenden sei. In Deutschland, so der Moderator, könne jeder seine Meinung sagen – und sei sie noch so schwachsinnig. Er dürfe dabei nur nicht gegen geltendes Recht verstoße. Sonst jedoch sei alles erlaubt. „Deshalb: Laßt sie reden, ob es uns paßt oder nicht – und haltet dagegen“, rief Restle seinen Lesern und Zuschauern zu. „Diese Demokratie ist streitbar. Das macht sie so lebendig“, jubelte er. Die Interviewanfrage der JF ließ Restle bislang allerdings unberücksichtigt.

TV-Unterhalter Jan Böhmermann hingegen richtet über sein Büro aus, daß er nicht für ein Gespräch zur Verfügung stehe. Der gleiche Böhmermann hatte kurz zuvor noch den AfD-Politiker Björn Höcke verspottet, weil dieser ein Interview mit dem ZDF

abbruch. Wer kein Interview gibt, so mag sich der öffentlich-rechtliche Spaßmacher nun gedacht haben, läuft auch nicht Gefahr, es abbrechen zu müssen.

Ein ganz anderes Kaliber ist da schon Ruprecht Polenz. Der frühere CDU-Generalsekretär braucht keinen Terminkalender, hinter dem er sich verstecken kann. Zeitnot ist dem 73jährigen fremd. Für ihn sind es inhaltliche Gründe, die einem Interview im Wege stehen. Die JF, schreibt Polenz per Mail, versuche, „planmäßig die Grenzen zwischen Konservatismus und Rechtsradikalismus zu verwischen“. Ein Gespräch mit ihm werde es daher nicht geben. Da Haltungzeigen den Haltungszeiger aber nicht befriedigt, wenn niemand seine gezeigte Haltung bemerkt, machte Polenz seine Absage zusätzlich noch auf Twitter publik und sammelte dort fleißig Likes für seine Gesprächsverweigerung. Bezeichnenderweise finden sich unter den knapp 5.000 Nutzern, die den Beitrag mit einem Herzchen versahen, auch etliche Journalisten. Ihrer Ansicht nach hat Polenz alles richtig gemacht.

„Richtiges“ Medium redet mit „falscher“ Person

Wie schwierig die ganze Sache mit dem Miteinanderreden und Streiten inzwischen geworden ist, mußte unlängst auch die Zeit erfahren. Die Hamburger hatten es gewagt, den früheren Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen in einem Streitgespräch gegen den Altliberalen Gerhard Baum antreten zu lassen. Anstatt Herzchen hagelte es dafür jedoch Vorwürfe und Empörung auf Twitter. Einem wie Maaßen, schäumten die selbsternannten Diskurswächter, dürfe man keine Bühne bieten. Galt es früher lediglich als anstößig, wenn die „richtige“ Person dem „falschen“ Medium ein Interview gab, reicht es heute schon für einen Skandal, wenn das „richtige“ Medium mit der „falschen“ Person redet. Es wird komplizierter in der Diskussionsrepublik Deutschland.

Zurück zu Wolfgang Schäuble: Als dienstältester Bundestagsabgeordneter hat der CDU-Politiker viele leidenschaftliche, kontroverse und auch heftige Debatten erlebt. Ostverträge, Nato-Doppelbeschluß, Wiedervereinigung, Hauptstadtfrage: Es wurde gestritten und gerungen. Die unterschiedlichen Positionen waren für Schäuble dabei immer auch ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Realität, die gewählte Politiker repräsentieren. „Kampf und Wettstreit gehören zur Demokratie“, erläuterte er 1996 in einem Interview mit der Zeit. Schon damals war er der Meinung, es gebe in Deutschland nicht zuviel politischen Streit, sondern eher zu wenig. Es hat sich bis heute leider wenig daran geändert.